Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Strohbach. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H., Aue. Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 62.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 5.40 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 16.20 Mark, monatlich 5.40 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamezeile 3.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler infolge Gesetz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 177. | Montag, den 1. August 1921. | 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Als Tag des Zusammentritts des obersten Rates ist nunmehr der 8. August festgesetzt worden; zwischen Frankreich und England ist eine Verständigung erzielt worden.

•

General Lerond ist in Paris eingetroffen. Wie dem Temps aus Oppeln berichtet wird, ist Sir Harald Stuart nach London und der italienische Oberst Visconte nach Rom abgereist.

•

Nach Mitteilung der Botschafterkonferenz findet die erste Sitzung betreffs Uebergabe Westungarns an Oesterreich am 6. August in Oedenburg statt.

Die sieben Jahre.

Als während des Weltkrieges die enttäuschte Erwartung, der Völkerkampf werde kurz sein, in ihr Gegenteil umschlug, sprach man in Deutschland von einem siebenjährigen Kriege. Das war nicht nur ein Gleichnis, es war auch nicht nur die Erinnerung an den Widerstand, den Friedrich der Große einer ähnlichen Uebermacht durch sechseinhalb Jahre leistete: man traute dem Krieg in der Tat diese Dauer zu. Um Mitte 1918 schien eine nahe Entscheidung im Westen kaum denkbar, nach Osten dehnten sich die Unternehmungen immer grenzenloser aus; sie schienen bereits das Vorspiel des hinhaltenden, vielleicht weniger blutigen, dafür um so ausgedehnteren Krieges. Wann und wo würde er enden? Heute müssen wir uns sagen, daß mindestens die Staaten Mittel- und Westeuropas eine Verlängerung des Kampfes um noch zwei bis drei Jahre unter keinen Umständen ausgehalten hätten oder, wenn man sich ein solches Ausharren dennoch als möglich vorstellt, der Zusammenbruch vollständig gewesen wäre. In welchem Ausmaß ein Krieg, dem schlechthin alles dienstbar gemacht werden muß, die körperlichen, seelischen, stofflichen und wirtschaftlichen Kräfte erschöpft, bemerkt man ja erst nach dem Ende des Kampfes; nicht während des Ringens, sondern nachträglich werden in Form von Menschen- und Gütermangel, von Aufgebrauchtheit und Ausgehöhltheit, von Zerrüttung jeder Art die Kriegskosten bezahlt. Wäre das Elend, das über Besiegte und Sieger unweigerlich hereinbrechen mußte, noch jahrelang angestaut worden, so hätte es jedenfalls für den westlichen Teil des europäischen Festlandes keine Rettung gegeben.

Einen siebenjährigen Krieg aushalten und überleben konnte vielleicht England, wahrscheinlich vermochten es die Vereinigten Staaten. Bei diesen Ländern war die Ursache der Widerstandsfähigkeit die Unerschöpflichkeit ihrer Mittel und die verhältnismäßig geringere Beanspruchung, die immer noch Kraftreserven übrig ließ; bei anderen war es gerade die wirtschaftliche Rückständigkeit, die Unempfindlichkeit eines undurchgebildeten Volkskörpers. In der Tat führt Rußland seit sieben Jahren, die Türkei, oder was von ihr übrig geblieben ist, seit zehn Jahren unablässig Krieg. Da nahezu alles, was an blutigen Wirren noch heute fortdauert, Ergebnis, Nachwirkung oder einfach Fortsetzung des Weltkrieges ist, kann man sagen, daß seit dem 1. August 1914 die Erde kein wirkliches Friedensjahr gehabt hat. Denn nicht einmal in den Kerngebieten des großen Kampfes ist der Krieg vollkommen beendet. Noch immer ist, der Form nach, zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten der Friedenszustand nicht hergestellt, die wichtigsten Bestimmungen des Vertrages von Versailles sind erst kürzlich, durch das Londoner Ultimatum, aus dem Allgemeinen ins Besondere übertragen worden; der Friede von Trianon ward erst in diesen Tagen bestätigt, und der Vertrag von Sevres hat überhaupt keine friedensbildende Kraft.

Wann ist der Krieg beendet? Wenn die ungeheuren Veränderungen, die er hervorbrachte, nicht mehr als eine Fortsetzung mit anderen Mitteln, sondern als sein Ergebnis empfunden werden; wenn die Staaten ihre gegenwärtigen und künftigen Beziehungen nicht mehr vom 1. August 1914, sondern von einem neuen Ausgangspunkt rechnen. Diesen großen Einschnitt hat Deutschland in sieben schweren Jahren noch nicht erlebt. Der Kriegszustand schwächte sich langsam ab, aber er endete nicht. Es gibt noch einen Verband, der keine andere Grundlage seines Bestehens hat, als die Voraussetzung einer gemeinsamen Gegnerschaft gegen Deutschland; es gibt alliierte und assoziierte Mächte, die nur so lange zusammenhalten können, wie die kriegerische Vergangenheit, die sie zusammenführte, ihnen noch als Gegenwart gilt. Erst wenn die Weltpolitik das Gefühl eines neuen Beginnens ausdrückt, ist der einstweilen siebenjährige Krieg beendet.

•

Nie wieder Krieg!

Unter diesem Losungswort wurde am gestrigen Sonntag im Berliner Lustgarten eine Riesenkundgebung der Mehrheitssozialisten, der Unabhängigen, der Gewerkschaftskommission, des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer, der deutschen Friedensgesellschaft, der deutschen Liga für Völkerbund, des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und weiterer 16 Organisationen veranstaltet. Etwa 30 Redner sprachen gegen den Revanchegeist und für eine friedliche Außenpolitik, für einen neuen Geist der Jugenderziehung und für die Sicherung der republikanischen Staatsform. Der Kriegsgedanke müsse allgemein bekämpft werden. Das Wichtigste sei die Propaganda für die Verweigerung des Kriegsdienstes, der Munitionsherstellung und der Waffentransporte. Die Reden fanden brausenden Beifall. Aehnliche Friedenskundgebungen sind an etwa 300 deutschen Orten, sowie in England, Frankreich und Amerika veranstaltet worden.

Demokratie und Landwirtschaft.

Von Dr. Böhme, M. d. R.

Wohl selten ist die Haltung einer politischen Partei so zu Unrecht verdächtigt worden, wie die der Deutschen Demokraten gegenüber der Zwangswirtschaft. Von den ersten Sitzungen des Weimarer Parlaments an, wo der heutige Führer der Partei, Senator Petersen, den Ruf nach Abbau der Zwangswirtschaft erschallen ließ, bis zur Gegenwart, da die deutschen Demokraten nahezu vollzählig im Reichstage anwesend waren, um einmütig für die freie Wirtschaft zu votieren, ist die Haltung der Partei völlig einmütig gewesen. Es war nie so, daß etwa die Landwirte in der Fraktion zur freien Wirtschaft drängten und andere sich dem widersetzten; die Haltung war stets einmütig. Gar oft trat die Ungeduld der nicht landwirtschaftlichen Kreise über das langsame Tempo des Abbaues außerordentlich temperamentvoll in die Erscheinung. Ein Arbeiterführer war es in der Fraktion, der am frühesten und lebhaftesten die völlige Freiheit der Wirtschaft auch beim Getreide verlangte. Eine solche Haltung war durchaus verständlich. Wer als Städter die Notwendigkeit der freien Wirtschaft zur Wiedergesundung des Vaterlandes erkannt hat, aber auch weiß, daß eine Uebergangszeit mit hohen Preisen dabei nicht vermieden werden kann, ist viel freier als Verfechter dieser Ueberzeugung, als derjenige, der als Landwirt das Odium zu tragen hat, an der freien Wirtschaft auch materiell interessiert zu sein. Selbstverständlich besteht aber auch für ihn die Pflicht, Mißdeutungen seiner Haltung im vaterländischen Interesse auf sich zu nehmen.

Wer für die freie Wirtschaft ist, arbeitet auf lange Sicht. Der Verfasser hat es deshalb auch möglichst vermieden, in Auseinandersetzungen mit Verfechtern der Zwangswirtschaft, auf die Senkung der Butterpreise und ähnliche Erscheinungen bei Freigabe der Wirtschaft für einzelne Produkte hinzuweisen. Das kann gelegentlich zutreffen, daß hier und da sofort bei Freigabe eines Produktes eine Preissenkung stattfindet, besonders, wenn es ein mehr entbehrliches Erzeugnis ist, das überdies schon vor dem Kriege überwiegend im Inland erzeugt wurde. Im allgemeinen wird aber ein Staat, der allein an Brotgetreide und Futtermitteln in Friedenszeiten im Jahre eine Mehreinfuhr von zehn Millionen Tonnen hatte, der überdies landwirtschaftliche Ueberschußgebiete verloren hat, und dessen Valuta schlecht ist, teure Preise für die unentbehrlichen Massenprodukte solange haben, bis entweder die Valuta eine völlig andere wird, oder die heimische Produktion zur Deckung ausreicht. Da die Verpflichtungen an den Feindbund eine durchgreifende Besserung der Valuta völlig ausschließen, so bleibt die Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung allein übrig. Sie ist schlechtweg der deutsche Rettungsanker neben der Hebung der Kohlenproduktion. Gelingt es, die Einfuhr an ausländischen Nahrungs- und Genußmitteln, sowie an lebenden Tieren, die 1919 über 8 Milliarden Goldmark betrug, im wesentlichen durch einheimische Erzeugnisse zu ersetzen und daneben die früher vorhandene landwirtschaftliche Ausfuhr wieder in die Wege zu leiten, dann sind die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu einem großen Teil überwunden. Daß dies bei steigender Intensivierung der Landwirtschaft möglich ist, ergibt sich aus zwei Tatsachen: den verschiedenen Erträgen, die auch heute noch bei Wirtschaften derselben Bodenqualität und gleichwertigen sonstigen Bedingungen erzielt wurden, und der Tatsache der gewaltigen Steigerungen der Ernteerträge innerhalb der letzten 35 Jahre vor dem Kriege. Die amtliche Statistik gibt pro Hektar für das Jahrfünft 1909 bis 13 gegenüber dem Jahrfünft 1879 bis 83 beim Roggen einen um hundert Prozent höheren Ertrag an; bei den anderen Getreidearten und den Kartoffeln nur wesentlich geringere Steigerungen. Wir wissen, daß die Ziffern der Ernteerträgnisse absolut, vielleicht nicht relativ in der Steigerung übertrieben sind. Das eine ist aber unbestreitbar: eine Steigerung unserer heutigen Ernteerträgnisse in wenigen Jahren um 25 bis 30 Prozent ist sehr wohl denkbar, wenn alle geeigneten Maßnahmen ergriffen werden. Die wichtigste Triebfeder für die Menschen, wie sie nun einmal sind, bleibt unter allen Umständen das eigene finanzielle Interesse. Das Dümmste ist unter den heutigen Umständen eine Politik des Neides gegenüber der Landwirtschaft. Um die 16- bis 17stündige Arbeit bei glühender Sonnenhitze wird der Städter den Kleinbauern weniger beneiden. Es ist sein ureigenstes Interesse, wenn er die intensivste Wirtschaft auf dem Lande, gesteigerte Erträge, damit Verminderung der Produktionskosten des Zentners Getreide möglich macht. Das ist Politik auf lange Sicht, die Mißdeutungen ausgesetzt sein mag, die aber trotzdem für die Haltung der Deutschen Demokratischen Partei entscheidend war. Lediglich deshalb war die Deutsche Demokratische Partei führend im Kampf gegen die Zwangswirtschaft.

Verständigung zwischen England und Frankreich.

Der Oberste Rat am 8. August.

Wie die Agence Havas mitteilt, hat der englische Botschafter Sonnabend abend den französischen Ministerpräsidenten dringend verständigen lassen, daß die britische Regierung sehr gern dem Vorschlag Briands zustimme und ihren Botschafter in Berlin beauftragen werde, sich seinem französischen und italienischen Kollegen anzuschließen, um gemeinsam der deutschen Regierung mitzuteilen, daß sie sich bereithalten solle, auf jede mögliche Weise den Transport der alliierten Truppen, falls dieser erforderlich werden sollte, zu erleichtern. Als Termin des Zusammentritts des Obersten Rates schlägt Lord Curzon den 8. August vor. Lloyd George werde den Sitzungen des Obersten Rates beiwohnen. Der Ton der englischen Antwort wird als sehr herzlich bezeichnet. — Nach der Westminster Gazette hat die britische Antwort an Frankreich zu einer Verständigung zwischen beiden Regierungen geführt, die amtlich als durchaus befriedigend für beide Teile erklärt wurde. Lord Curzon wird am 3. August nach Paris reisen. Balfour wird ihm beistehen. Auch die Anwesenheit Lloyd Georges gilt als nicht ausgeschlossen.

Das Programm des Obersten Rates.

Wie die Agence Havas meldet, hat im Laufe des Sonnabend abend der englische Botschafter in Paris amtlich die Annahme des Kompromisses durch seine Regierung bestätigt, das einen Gesamtschritt in Berlin zur Regelung der Frage der Verstärkungen durch den Obersten Rat betrifft. Der Oberste Rat werde also am 8. August in Paris zusammentreten, da der italienische Ministerpräsident nicht früher abkommen könne. Lloyd George werde der Sitzung persönlich beiwohnen. Belgien werde eingeladen werden, und Amerika werde einen Vertreter an den Verhandlungen teilnehmen lassen. Die Konferenz werde in erster Linie die Frage der nach Oberschlesien zu entsendenden Verstärkungen, sowie die Teilung des Abstimmungsgebietes zu regeln haben. Die Kriegsbeschuldigtenfrage werde sehr wahrscheinlich auch geprüft werden. Die Frage der Reparationen werde in ihrer Gesamtheit wahrscheinlich nicht ins Auge gefaßt werden, da die alliierten Finanzminister gleich nach der Konferenz gewiß technische Fragen zu regeln hätten, wie die Verteilung der bereits von Deutschland gezahlten Entschädigungssumme, der Besatzungskosten usw. Ein Hauptpunkt, die Aufrechterhaltung der drei Londoner Sanktionen, Besetzung von Ruhrort, Duisburg und Düsseldorf, die Zollschranken am Rhein und die Ausfuhrabgabe, werde bestimmt angeschnitten werden, doch gehe die allgemeine Meinung dahin, daß die Entschließungen darüber der Garantiekommission überlassen werden sollen, welche die Ausführung der deutschen Verpflichtungen zu überwachen hat.

Anarchie im Kreise Rybnik.

Ein zukünftiger Seuchenherd für Mitteleuropa.

Unser F. Z.-Mitarbeiter bereiste vor einigen Tagen den Kreis Rybnik, der für die wirtschaftliche Zukunft Oberschlesiens von größter Bedeutung ist, jetzt aber in Gefahr steht, Polen zugesprochen zu werden. Ueber die dort herrschenden Zustände berichtet er folgendes:

Auf den industriellen Werken des Kreises Rybnik bestehen geradezu anarchistische Verhältnisse, wie sie bisher wohl nur auf den industriellen Anlagen Sowjetrußlands zu verzeichnen waren. Bei den Belegschaften einer großen Anzahl Rybniker Gruben besteht die Auffassung, daß die deutschen Gesetze abgeschafft sind, andere noch nicht erlassen wurden, keine deshalb bestehen. Die Betriebsräte geben zurzeit selbst Gesetze und Verordnungen, soweit sie es für erforderlich und für ihre Interessen zweckmäßig ansehen. Sie verlangen u. a., daß in den Betrieben und Büros Beamte und Arbeiter nur mit ihrer Zustimmung angestellt entlassen und befördert werden. Die Folge davon ist, daß eine große Anzahl von Beamten und Arbeitern entfernt und neue angestellt worden sind, die vollkommen ungeeignet sind, die ihnen übertragenen Arbeiten zu erledigen, wodurch die ganze Betriebs- und Geschäftsführung nicht nur erschwert, sondern zum größten Teil unmöglich gemacht wird. Die Betriebe werden tatsächlich von den Betriebsräten geführt.

In den Industrieorten haben die Belegschaften wilde Wohnungskommissionen eingesetzt, die mit Härte und Willkür Entsetzungen und Hinaussetzungen vornehmen. In einer ganzen Reihe von Fällen ist man zu schlimmen Tätlichkeiten gegenüber Direktoren und Werksleitern übergegangen, sodaß diese nicht mehr in der Lage sind, den Betrieb verantwortlich zu führen, wodurch wiederum die Produktion schweren Schaden erleidet. Diese Bewegung hat weder nationa-